

*Hansgeorg Münch - Haushaltsrede zum Haushalt 2026 – es gilt das gesprochene Wort
am 11.12.2025*

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und -kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt,**

Die Verwaltung hat auch dieses Jahr wieder sehr zeitig damit begonnen den Haushalt aufzustellen. Die ersten Meldungen dazu waren erschreckend. Von 10,9 Mio. Defizit war da zu hören.

Unsere erste Reaktion war, so geht es nicht. Wir sollten den Haushalt mit diesem Defizit so einbringen um ein Zeichen zu setzen, dass die Kommunen das nicht mehr schaffen können. Das hätte aber nur dann Sinn gemacht, wenn eine größere Anzahl von Kommunen sich uns dann auch angeschlossen hätte, was leider nicht der Fall war.

Mit verschiedenen Maßnahmen hat man es dann doch noch hingebogen und einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen können. Der Prozess der Aufstellung des Haushalts war dann deshalb etwas holprig aber ansonsten wieder vorbildlich „in time“, sodass wir heute vor dem Jahresende auch wieder einen Beschluss fassen können. So ist es gewünscht, aber nur wenige Kommunen schaffen das in Hessen. Vielen Dank an die Finanzabteilung, Frau Schübler und Herrn Nayanart, der uns leider aus familiären Gründen verlassen wird, für diese vorbildliche Arbeit.

Ich möchte zunächst einmal ein paar Zahlen aufgreifen, die wichtig sind um die Misere zu verstehen in der sich viele Kommunen befinden. Quasi der „Status Quo“ unserer schönen Stadt.

Im Haushalt gibt es ganz hinten den Finanz Statusbericht. Ich habe hier mal aus den einzelnen sehr groß gefassten Bereichen die Erträge von den Kosten abgezogen. Und hier kann man dann

erkennen, welche Bereiche nicht direkt über Gebühren gedeckt sind und was das dann den einzelnen Bürger kosten würde.

Das meiste können wir ja über unsere Zuweisungen vom Land decken aber eben nicht alles. Für die Pflichtaufgaben wird es wohl nicht ganz reichen. Und die freiwilligen Leistungen unserer Stadt für die Bürger wollen wir uns aber auch weiterhin leisten. Verschiedene Bereiche habe ich dann mal in Kosten pro Einwohner umgerechnet um es greifbarer zu machen.

Im Bereich Sicherheit und Ordnung beispielsweise, haben wir eine Unterdeckung von 3,66 Mio das bedeutet pro Einwohner (pro Kopf von klein bis groß) entstehen hier ungedeckte Kosten von 160 €. Hierin stecken Standesamt Ordnungsamt Personenstandswesen und auch Katastrophenschutz und Feuerwehren. Alles wichtige Dinge und Pflichtaufgaben.

Im Bereich Kinder Jugend und Familie haben wir Kosten von rund 15 Mio die nicht über Gebühren gedeckt sind. Hier ist der größte Kostenfaktor die Kinderbetreuung in unseren KITAs die gut und wichtig ist. Die zweckgebundenen vom Land Hessen decken aber nur einen Teil der Kinderbetreuung ab. In diesem Teilbereich haben wir noch eine Finanzlücke von 4,5 Mio. was pro Bürger und Jahr 205 € bedeuten würde. Und die Investitionen in den Ausbau der KITAs werden das Defizit weiter erhöhen.

Der Bereich Wasser und Abwasser wird direkt über die Bürger entsprechend ihrem Verbrauch über die Gebühren bezahlt und muss immer durch diese gedeckt sein. Dieser Bereich ist bei der Betrachtung außen vor. Aber über die erheblichen Investitionen die nötig sind das Netz zu erneuern und zu erhalten, werden die Wasser- und Abwassergebühren in diesen Bereichen in den nächsten zehn Jahren deutlich steigen müssen. Das muss der Bürger auch wissen.

Öffentliche Verkehrsflächen kosten uns 2,5 Mio € also ca. pro Bürger 115 € . Jeder will dass es in seinem Umfeld schön und gepflegt aussieht. Und hier investieren wir eigentlich zu wenig.

Natur und Landschaftspflege ca. 2 Mio ca. 100 € pro Bürger
Auch die Natur möchte keiner von uns vernachlässigt sehen. Einen Teil leistet hier auch die Landwirtschaft.

Kultur und Wissenschaft ca. 800.000 € das sind ca. 38 € pro Einwohner und hier handelt sich hauptsächlich um freiwillige Leistungen der Stadt.

Wirtschaft und Tourismus ca. 700.000 € das macht rund 33 € pro Einwohner.
Eine Aufgabe die wichtig ist um weitere Gewerbesteuerzahler nach Groß-Umstadt zu locken und ihnen gute Bedingungen zu bieten.

Im sozialen Bereich sowie bei den Schulen haben wir die Verantwortung an den Kreis abgegeben, der uns dafür mit einer Kreis und Schulumlage belastet. Das schmälert dann wiederum unsere allgemeinen Deckungsmitteln.

Zu viele Zahlen wollte ich jetzt gar nicht bemühen. Ich fasse mal zusammen.

- **Kreis und Schulumlage: jährlich steigend**
- **Allgemeine Kostenentwicklung: auch weiter steigend**
- **Lohnentwicklung: ebenfalls weiter steigend denn wir wollen unsere Mitarbeiter ja auch ordentlich entlohnen.**
- **Zinsbelastung: durch erhebliche Investitionen wie Schwimmbad und nötige Straßensanierungen und nötige KITA Neubaumaßnahmen -- ebenfalls deutlich ansteigend**
- **Und unser grösstes Problem – nicht ausreichende Zuweisungen aus anderen Steuertöpfen**

Zur Deckung dieser Kosten bleiben uns nach dem Aufbrauchen unserer Landeszuweisungen nur noch folgende drei zusätzlichen Einnahmequellen um die Lücke zu schließen.

Grundsteuer A für landwirtschaftliche Grundstücke: Das ist kein riesiger Posten. Zudem sind die Landwirte im Gegensatz zu früher seit letztem Jahr ebenfalls mit der Grundsteuer B für ihre Wohngebäude an einer Steuererhöhung beteiligt. Dazu kommt gerade aktuell ist die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe eher bescheiden.

Hier nur ein ganz kurzer Ausflug:

- **Getreidepreise zu Weltmarktpreisen auf dem Niveau von vor 20 Jahren**
- **Zuckermarkt ebenfalls auf Sinkflug**
- **Kartoffel-und Rübenanbau durch neue Schädlinge stark gefährdet**
- **Tierhaltung durch Seuchen stark reduziert**
- **Biogasanlagen durch Politik ausgebremst**
- **Immer höhere EU-Standards in der Produktion**
- **Die Biobranche hat Probleme, weil die Verbraucher die nötigen Preise nicht zahlen können**
- **Die Argarmärkte sind offen in alle Richtungen. Die Landwirtschaft konkurriert mit Lebensmitteln die wesentlich billiger aber nicht nach europäischen Standards produziert werden.**
- **Die neuste Meldung ist, dass genveränderte Pflanzen und Lebensmittel jetzt zugelassen sind. Nicht wegen uns Europäern sondern wegen der Importe aus aller Herren Länder.**

Das alles wird ausgetragen auf dem Rücken der europäischen Landwirtschaft. Die Landwirte gehen auf dem Zahnfleisch, junge Landwirte sind kaum noch zu motivieren. Viele suchen sich bereits außerlandwirtschaftliche Alternativen.

Aus diesen Gründen können und wollen wir der SPD mit dem Vorschlag einer weiteren Anhebung der Grundsteuer A nicht folgen.

Gewerbsteuer:

Hier ist derzeit unsere größte Steuereinnahmequelle an deren Höhe man auch die Leistungsfähigkeit des Gewerbes ablesen kann, denn sie errechnet sich aus den Gewinnen der Unternehmen, weshalb es hier auch zu den größten Schwankungen kommen kann. Wenn man sieht wie Industrie und Gewerbe deutschlandweit ins straucheln kommen und wie viele Firmen ihren Firmensitz ins Ausland verlegen, sollten wir vorsichtig agieren, damit uns diese Steuerart möglichst in der Höhe auch noch lange erhalten bleibt oder im Idealfall dass die Gewerbsteuer sogar noch deutlich anwächst. Die Weichen dazu haben wir mit der Ausweisung neuer Gewerbeflächen gestellt.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuerereinnahmen würden wir durch Anhebung des Hebesatzes nur kurzfristig erreichen. Gewerbeunternehmen schauen heute schon sehr genau hin, bevor eventuelle Ansiedlungspläne gemacht werden. Hebesätze in den Kommunen die Gewerbeflächen anbieten sind da ein wichtiger Faktor. Deshalb empfehlen wir hier keine weitere Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes. Zu groß ist die Gefahr, dass wir im Konkurrenzkampf gegen andere Kommunen das Nachsehen haben.

Grundsteuer B:

Dies ist aus unserer Sicht die einzige Einnahmemöglichkeit um die Deckungslücke zu schließen. Jeder Bürger unserer Stadt muss irgendwo wohnen. Und die Groß-Umstädter schätzen und lieben unsere schöne Stadt sonst würden sie ja auch nicht hier wohnen wollen. Das hat eben seinen Preis. Nicht nur über Miete oder eigene Immobilie, nein auch die Grundsteuer ist dafür da um Infrastruktur und andere zum Teil freiwillige Leistungen zu finanzieren. Die Bürger die eine oder mehrere Immobilien besitzen, werden dabei stärker belastet als der Mieter einer kleinen Wohnung. Es trifft Alle (auch die Landwirte), aber auch alle Groß-Umstädter profitieren doch auch vom Erhalt unserer Stadt und seiner Infrastruktur.

Natürlich muss die Verwaltung schauen, dass alle möglichen Einsparmaßnahmen ausgeschöpft werden bevor an der Steuerschraube gedreht wird. So werden auch von uns immer

wieder freiwillige Leistungen auf den Prüfstand gestellt und hinterfragt.

Wir wollen ja alle nicht auf unsere freiwilligen Leistungen verzichten! Das Schwimmbad haben wir ja erst erneuert (das wäre schon äusserst blöd wenn wir das nicht eröffnen könnten), auf's Winzerfest und Bauernmarkt will ebenfalls niemand verzichten. Unsere Hallen und Säle sind ein freiwilliges Angebot das uns viel Geld kostet. Das Kulturprogramm wird vielleicht das erste sein, an dem wir noch mehr sparen müssen. Eventuell auch die Stadtbücherei? Alles Dinge die Groß-Umstadt ausmachen, uns aber Stück für Stück in die Bredouille bringen. Und wieviele Anläufe haben wir gebraucht, bis wir uns nur von dieser einzigen kleinen freiwilligen Leistung der Rentenberatung trennen konnten?

So, und wer ist jetzt Schuld an diesem Dilemma?

(Blick in die Runde)

Nur ein Spass, sicher keiner hier im Raum, aber hier im Raum gibt es einige Parteipolitiker die sich immer mit ihren Kontakten zu ihren Landes- und Bundespolitikern brüsten. Diese sollten dann auch mal genutzt werden, um für eine bessere Finanzausstattung zu sorgen. Im Ansatz scheint ja was zu passieren. Aber leider fast alles nur im Investitionsbereich. Jetzt kommt es darauf an, ob diese Mittel uns wirklich entlasten und für geplante, nötige Investitionen gedacht sind. Und in welcher Höhe sie kommen.

Unser Wunsch wäre allerdings höhere Zuweisungen von Landesseite zur Deckung der laufenden Aufgaben wie zum Beispiel der Kinderbetreuung.

Solange dies nicht geschieht, müssen wir selbst sehen wie wir den Haushalt auf ein vernünftiges Niveau bringen um ihn genehmigungsfähig und zukunftstauglich zu machen. Aus unserer Sicht kommen wir hierbei in diesem Jahr nicht um eine Steuererhöhung herum. Anstatt 150 Punkte wie von der Verwaltung geplant schlagen wir 100 Punkte Erhöhung vor. Ursprünglich wollten wir die BVG auch noch 500.000 € bei den Sach- und Dienstleistungen einsparen. Nach den letzten stark gekürzten

Haushalten in diesem Bereich haben wir allerdings darauf verzichtet da es uns wichtiger erscheint, dass die Verwaltung ihre Arbeit vernünftig erledigen kann.

Wir vertrauen darauf, dass der Magistrat von sich aus darauf achtet, dass die Mittelverwendung auch kontrolliert wird und die Ansätze nicht vollends verbraucht werden, wenn es nicht nötig ist. So wie das in den letzten Jahren auch oft geschehen ist. Ein Dezemberfieber, bei dem kurz vor Jahresende noch alle nicht verbrauchten Mittel verausgabt werden, wie es aus anderen Behörden durchaus bekannt ist, sollten wir in dieser Verwaltung nicht dulden!

Diese Steuererhöhung um 100 Punkte bedeutet für den einzelnen Bürger der im Schnitt bisher 245 € zahlte, eine Erhöhung um rund 36 € auf 281 € pro Kopf und Jahr. Wohlgedenkt im Schnitt vom Baby bis zum Ur-Opa, egal ob er eine Immobilie besitzt oder nicht. Also ich gebe zu das ist ein sehr theoretischer Wert, denn die Verteilung ist nicht pro Kopf sondern natürlich viel komplexer über die Steuermessbeträge der Grundstücke und Immobilien. Ich versuche hier das Ganze etwas greifbarer zu machen. Ob mir das jetzt gelungen ist kann jeder für sich bewerten. Was man bei der ganzen Sache auch noch bedenken sollte ist, dass wir im Gegensatz zu anderen Kommunen hier in Groß-Umstadt keine Straßenerhaltungsgebühr für die Hausbesitzer erheben. Es war schon immer gelebte Praxis Straßen Sanierungen aus den laufenden Mitteln zu zahlen. Und wenn diese nicht mehr ausreichen dies auf alle Grundstücksbesitzer über die Grundsteuer B aufzuteilen.

So ich habe das jetzt mal versucht so zu erklären damit es auch der Bürger verstehen kann. Ob das der richtige Weg war, weiss ich nicht. Ich glaube aber wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass der Bürger auch versteht, warum wir die Steuern hier anheben müssen.

Wir die BVG halten nichts vom Vorschlag des Haupt- und Finanzausschussvorsitzenden Herrn Munoz diese abgeschwächte Steuererhöhung nicht durchzuführen und lieber auf die

ausserplanmässigen Überschüsse zurück zu greifen um den Haushalt zu decken, denn die Prognosen für die nächsten Jahre sehen nicht besser aus und weitere Steuererhöhungen sind sogar prognostiziert. Hoffen wir, dass die Prognosen sich nicht bewahrheiten und uns vielleicht doch noch etwas mehr Hilfe aus Wiesbaden und Berlin erreicht. So kann es aus unserer Sicht nicht weiter gehen, wenn wir als Kommune noch Handlungs- und Gestaltungsfähig bleiben wollen, meine Damen und Herren.

Zu den Anträgen der Verwaltung und der Schwebeliste:

Diesen stimmen wir uneingeschränkt zu

Die Anträge der Fraktionen:

Der FDP Antrag zum Beitritt zum Förderverein MINT-Zentren, das halten wir für eine sehr gute Sache mit einem überschaubaren finanziellen Engagement. Ob dazu überhaupt ein Haushaltsantrag nötig gewesen wäre bezweifle ich zwar, aber wir stimmen zu.

Der CDU Antrag zur Linde: Hier bin ich persönlich etwas vorbelastet, denn ich hab als Jugendlicher diesen Baum mehrmals pro Woche als Treffpunkt mit meinen Freunden genutzt. Damals war noch eine Bank rund um den Baum was ich schöner und geselliger fand. Da ja, wie im letzten Ausschuss berichtet die Carlo Mierendorfstrasse jetzt doch nicht komplett überplant wird sondern nur der Strassenbelag erneuert werden soll, können wir der Baumpflanzung zustimmen und ich persönlich werde auch eine Spende platzieren wenn es soweit ist.

Beim zweiten CDU Antrag habe ich ja bereits genug gesagt und wir sind wir ja sogar Antragspartner, da stimmen wir natürlich auch zu.

Zum Antrag der Grünen zum Thema Fahrradstraße:

Ich zitiere:

Fahrradstraßen sollen den Radverkehr fördern, bestehende Radverkehrsströme bündeln und auf einem verkehrsplanerischen Gesamtkonzept beruhen (VwV-StVO zu § 45 Absatz 1 bis 1e).

Unter Inkaufnahme von Nachteilen bestimmter Verkehrsarten kann aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken beschränkt oder verboten werden (§ 45 Absatz 1 Satz 1 StVO).

Gründe können sein

- hohe Fahrradverkehrsdichte,**
- zu erwartende hohe Fahrradverkehrsdichte,**
- hohe Netzbedeutung für den Radverkehr oder**
- lediglich untergeordnete Bedeutung für den Kraftfahrzeugverkehr**

Da zum jetzigen Zeitpunkt weder ein verkehrsplanerisches Gesamtkonzept noch eine individuelle Detailplanung für die als „Nebenstrecke“ angeführten Streckenabschnitte vorliegt, ist der Antrag aus unserer Sicht abzulehnen. Und somit werden wir zu diesem Zeitpunkt nicht zustimmen.

Zum zweiten Antrag der Grünen:

Es liegt ja bekanntlich in den Genen der Fraktion der Grünen sich für weitere Baumpflanzungen im Stadtgebiet einzusetzen. Das ist ja auch ok und begrüßenswert. Dennoch sind wir der Meinung man kann das nicht einfach so pauschal beschließen. Ein Baum bringt erhebliche Folgekosten für die Stadt mit sich. Wir sind der Meinung wir sollten nächstes Jahr, zusammen mit dem heute eingestellten Klimaschutzmanager schauen wo die besten Standorte für neue Bäume wären, welche Bäume da am besten geeignet wären und wie wir das Ganze dann umgesetzt bekommen. Und wenn es dann entsprechend vorbereitet ist, können wir entscheiden ob da jetzt überplanmäßige Ausgaben beschlossen werden müssen oder ob wir die Maßnahmen vielleicht besser sogar erst Anfang 2027 realisiert. Deshalb lehnen wir den Antrag zum heutigen Zeitpunkt ab.

Zum Antrag der SPD zur Grundsteuer A habe ich ja schon einiges gesagt. Auch dass wir ihn ablehnen werden.

Zum SPD Antrag zum Stellenplan

Unserem Eindruck nach, wird mit Nachdruck an der Optimierung der Organisationsstruktur und der Prozesse gearbeitet. Wenn hier viele Jahre nur wenig getan wurde, ist das jetzt ein sehr langwieriger Prozess. Unsere Aufgabengebiete wachsen stetig. Hauptgründe sind hier die noch immer weiter zunehmende Bürokratisierung, wie ein prächtig weiter sprießender Förderdschungel und fortschreitende Klimaveränderung, die neue Aufgaben und zum Beispiel mehr Baumsichtungen erfordern. Und alles muss natürlich auch dokumentiert werden. Sonst könnte ja jemand klagen.

Helfen könnte die Digitalisierung und künstliche Intelligenz-irgendwann einmal. Bis dahin müssen wir irgendwie zurecht kommen.

Es ist auch keine Lösung, wenn uns das Verwaltungspersonal wegen zu hohem Druck davon läuft. Deshalb müssen auch wir als Stadtverordnetenversammlung verantwortungsbewusst handeln.

Wir können nicht so recht verstehen, wie man als Fraktion einfach festlegen kann, dass man Planstellen nicht braucht. Wir können nur noch einsparen, wenn wir auch freiwillige Leistungen streichen. Und da sind sich ja alle Fraktionen einig, dass wir das nicht wollen. Wir sehen den Antrag deshalb als etwas übergriffig an. Man traut dem Verwaltungschef nicht zu diesen Umbau der Verwaltung zu vollziehen. Oder ist es sogar bewusstes Störfeuer damit er es nicht hinbekommt?

Wir lehnen diesen Antrag ab.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Ich finde es schändlich wie in unseren verschiedenen Gremien zum Teil gegeneinander gearbeitet wird. Das erinnert mich sehr an die aktuelle aber auch an die zurückliegende Bundesregierung. Und sicher hat es auch mit der kommenden Wahl zu tun, dass die Stimmung im Moment etwas kippt. Auf dieser kommunalen Ebene sollten wir mehr miteinander arbeiten als gegeneinander. Aber was ich am allerschlimmsten

finde ist, wenn das dann auch noch auf dem Rücken der Mitarbeiter unserer Verwaltung ausgetragen wird. Ein absolutes „no go“